

## DBB NRW: Zeit, dass den Ankündigungen auch Taten folgen

Finanzminister **Lutz Lienenkämper** spricht im Haushalts- und Finanzausschuss des nordrhein-westfälischen Landtags über Ansätze einer Dienstrechtsreform, ein Bestandteil: Lebensarbeitszeitkonten.

Mit Interesse hat der Deutsche Beamtenbund Nordrhein-Westfalen (DBB NRW) die heutige Debatte im Haushalts- und Finanzausschuss des Landtags verfolgt. Im Rahmen der Diskussion um Ansätze einer Dienstrechtsreform wurde eine alte Forderung des DBB NRW wieder aufgenommen: die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten. Diese ermöglichen den Beschäftigten im öffentlichen Dienst eine Flexibilisierung der

Arbeitszeit im Alter und können außerdem dem Verfall von Millionen von Überstunden vorbeugen.

Im Zuge des 2016 beschlossenen Dienstrechtsmodernisierungsgesetzes war die Einführung von Lebensarbeitszeit- beziehungsweise Langzeitarbeitszeitkonten im Rahmen eines Modellprojekts in repräsentativen Behörden des Landes und der Kommunen



Finanzminister Lutz Lienenkämper

© F. Windmüller

beschlossen worden. Seither ist es still um das Thema geworden. Weder gibt es aktuelle Informationen zum Sachstand der Einführung beziehungsweise zur Evaluation dieser Modellprojekte, noch ist die Bildung einer zugesagten Arbeitsgruppe für die inhaltliche Ausgestaltung des Themas zustande gekommen. Innerhalb

dieser waren den Gewerkschaften und Berufsverbänden starke Mitwirkungsoptionen zugesichert worden.

„Knapp zwei Jahre nach Inkrafttreten des Dienstrechtsmodernisierungsgesetzes wird es nun endlich Zeit, dass den Ankündigungen auch Taten folgen“, erklärt **Roland Staupe**, 1. Vorsitzender des DBB NRW. „Die heutige Aussage des Finanzministers, dass intern beraten würde, reicht nicht mehr aus. Vielmehr müssen nun konkrete Gespräche geführt, Pläne entworfen und Zeithorizonte festgelegt werden.“ Lebensarbeitszeitkonten böten für Beschäftigte wie auch für den Dienstherrn zahlreiche Vorteile – zumindest wenn sie gut gemacht seien, so der 1. Vorsitzende. Damit die Umsetzung im Sinne aller Beteiligten klappt, müsste aber endlich der ernsthafte Dialog zu diesem Thema beginnen.

JM



Roland Staupe

© E. Fiegl

### 2 Polizei muss sichtbar sein

Interview mit dem Vorsitzenden der DPoIG NRW



### 5 Der DBB NRW feiert Geburtstag

Am 19. Mai 1948 begann die Geschichte des DBB NRW



### 6 Perspektiven des öffentlichen Dienstes

Fachtagung für öffentliche Verwaltung in Speyer



# DBB NRW: Wir werden den Druck erhöhen

## Roland Staude zur erfolglosen zweiten Runde der Tarifverhandlungen

In der zweiten Verhandlungsrunde am 12./13. März 2018 in Potsdam wurden die gewerkschaftlichen Forderungen zwar diskutiert. Eine Annäherung zu der linearen Kernforderung des DBB, sechs Prozent (mindestens jedoch 200 Euro), gab es leider nicht.

Roland Staude, Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen, vermutet, dass die Arbeitgeber sich in der letzten Verhandlungsrunde am 15. und 16. April 2018 bewegen werden. „Zumal der neue Bundesinnenminister Horst Seehofer sein Erscheinen angekündigt hat“, so Staude.

Gleichwohl müssen wir auch in Nordrhein-Westfalen den Druck auf die öffentlichen Arbeitgeber erhöhen, so der DBB NRW Vorsitzende in Düsseldorf. Staude schließt daher vor der entscheidenden Runde



Roland Staude (Bildmitte) bei einer Demo zur Einkommensrunde 2017

in Potsdam Aktionen in Nordrhein-Westfalen nicht aus. Eine konkrete Aktion ist für den 11. April bereits angekündigt. Vom Tarifvertrag

für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen (TVöD) sind Arbeitnehmer des Bundes und der Kommunen betroffen. Die nächste

und vorerst letzte verabredete Verhandlungsrunde findet am 15./16. April 2018 in Potsdam statt.

## Polizei muss sichtbar sein und auch so wahrgenommen werden

### Interview mit dem Vorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft NRW

Das NRW Magazin des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen hat ein Interview mit Erich Rettinghaus, Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund (DPolG NRW e.V.), Landesverband Nordrhein-Westfalen, aus Anlass seiner Mitgliedschaft im Expertengremium der Landesregierung für mehr Sicherheit in Nordrhein-Westfalen geführt.

**DBB NRW Magazin:** Sie sind zum Mitglied im neuen Expertengremium der Landesregierung für mehr Sicherheit in Nordrhein-Westfalen, der „Bosbach-Kommission“, berufen worden. Unseren herzlichen Glückwunsch dazu! Was versprechen Sie sich von der Arbeit in der Gruppe?

**Erich Rettinghaus:** Zunächst, dass die Kommission unter der

erfahrenen Leitung von Wolfgang Bosbach möglichst rasch „praxistaugliche Vorschläge“ erarbeitet. Diese Vorschläge dienen nicht nur dem Land Nordrhein-Westfalen, sondern sollen auch bundesweit Beachtung finden.

Ich gehe davon aus, dass spätestens im letzten Drittel der Legislaturperiode erste Vorschläge vorliegen werden. Soll-

te sich aber aus der Arbeit der Kommission heraus früher – zu konkreten Punkten – ein dringender Handlungsbedarf ergeben, werden wir das entsprechend frühzeitig transportieren. Es gilt ja auch, zunächst der neuen Landesregierung die Zeit zu geben, die umfangreichen angekündigten Änderungen unter dem Oberbegriff der Inneren Sicherheit umzusetzen. Da ist das Land auf einem guten

Weg, dass Innere Sicherheit wieder den Stellenwert bekommt, den die Menschen lange vermisst haben. Die Kommission wird darüber hinaus Impulse geben, welche durchaus auch für die gesamte Sicherheitsarchitektur des Bundes und der Länder von Bedeutung sein können.

Der Wohnungseinbruchsdiebstahl ist schon als erstes wichtiges Thema auf der Agenda. Die Zahlen sind zwar rückläufig, wir verzeichnen Erfolge bei international agierenden Banden und durch „Predictive Policing“, dennoch ist der Einbruch in die eigenen vier Wände ein Bereich, der die Menschen in ihrer absoluten Privatsphäre

Polizei

betrifft und teils bleibende Schäden hinterlässt.

### Die Herausforderungen und Aufgaben sind groß und kaum zu bewältigen

Wir haben Handlungsbedarf in so vielen Bereichen, die Herausforderungen und Aufgaben sind groß und mit dem derzeit vorhandenen Personalkörper, trotz Mehreinstellungen, kaum zu bewältigen. Die Polizei wird das machen, was sie immer macht: Ihr bestmögliches geben und notgedrungen nach Priorität arbeiten.

Wir müssen uns aber auch im Klaren darüber sein, das Kriminalitätsbekämpfung nicht am Schreibtisch von 8 bis 16 Uhr stattfinden kann. Die beginnt viel früher und ist direktionsübergreifend. Mehr sichtbare und spürbare Präsenz, mehr operative uniformierte und zivile Kräfte, die Straftaten auf frischer Tat verhindern und

tung der Justiz wie auch der Polizei.

Natürlich ist auch der islamistische Terrorismus ein Kernbereich, mit dem sich die Kommission beschäftigen wird, ebenso die Digitalisierung und Vernetzung aller in der Sicherheitsarchitektur zusammenarbeitenden Institutionen, um bei terroristischen Taten „vor die Lage“ zu kommen. Das gilt für Länder, den Bund und Europa sowie die internationale Zusammenarbeit von allen erdenklichen Behörden und Diensten.

### Intelligente Videobeobachtung, Beweislastumkehr, Halterhaftung

Wichtig ist auch, dass wir den Datenschutz nicht als Monstrum aufwerten, sondern dass wir das im Rahmen der Möglichkeiten nutzen, was im schlimmsten Fall einen Terroranschlag verhindern kann. Das reicht von automatisierter

folgreich praktizieren, haben wir immer noch nicht. Es wird Zeit und wenn wir schon dabei sind, auch die Halterhaftung würde uns unsere Arbeit erleichtern.

Das ist insgesamt ein schwieriges Feld mit einer in Deutschland gewachsenen und größtenteils bewährten föderalen Sicherheitsarchitektur. Es wird sicherlich Synergien geben, was aber sorgsam erarbeitet werden muss. Auch Länder mit einer zentralen Sicherheitsarchitektur haben ihre Probleme, welche unseren in nichts nachstehen. Es wird sicherlich Bereiche geben, um die Zusammenarbeit der Länder mit Bund und EU zu verbessern. Das versuchen wir herauszuarbeiten. Spontan sind das einheitliche Systeme zur Datenerfassung und zum -austausch, verbunden mit einer entsprechenden Vernetzung und Digitalisierung. Das wird noch viele Jahre in Anspruch nehmen.

**DBB NRW Magazin: Die Kommission ist neben Wolfgang Bosbach unter anderem mit Peter Neumann, Terrorspezialist vom Londoner King's College, sowie mit dem früheren Vorsitzenden Richter des Staatschutzsenats am OLG Düsseldorf, Ottmar Breidling, und dem früheren Chef von Bundesverfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst, Hansjörg Geiger, hochkarätig besetzt. Sind die Erwartungen an die Arbeitsergebnisse der Kommission vor dem Hintergrund der ganzen Prominenz nicht zu hoch?**

**Erich Rettinghaus:** Stimmt, die Erwartungen sind hoch und die jetzige Regierung hat sich in der Legislatur bereits viel für die Innere Sicherheit vorgenommen. Da bleiben aber noch genügend Bereiche, welche wir in der Kommission angehen werden. Wir haben die feste Absicht, objektive und parteiübergreifende Vorschläge zu erarbeiten. Die Kommission ist ebenso parteiübergreifend be-

setzt, die einzelnen Mitglieder besitzen alle ihre eigene fachliche Kompetenz, die Wolfgang Bosbach bündeln und kanalisieren wird.

**DBB NRW Magazin: Die Respektlosigkeit und Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamte nimmt leider immer mehr zu. Vor dem Hintergrund will die Polizei in NRW robuster und durchsetzungstärker auftreten. Das sagen zumindest Experten des Landesamtes für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP) in einem Strategiepapier. Wie stehen Sie dazu?**

**Erich Rettinghaus:** Seit den 90er-Jahren praktizieren wir in NRW das deeskalierende Einsatzmodell, welches immer öfter an seine Grenzen stößt. Kommunikative Lösungsansätze allein führten oft nicht mehr zum Erfolg. Sie werden gar von einem Teil der Bevölkerung als Schwäche interpretiert. Die Polizei muss sich ebenso mit ihren Strategien anpassen und modernisieren. Ein konsequentes frühzeitiges Einschreiten, verbunden mit der frühzeitigen Ahndung von Verstößen jeglicher Art bis hin zur Strafe vor Gericht unter Ausnutzung des verfügbaren Strafrahmens, sind künftig unabdingbar.

Polizeiliche Präsenz, verbunden mit einem erhöhten Kontrolldruck und konsequentem frühem Einschreiten, bringt Erfolge. Auch die Zusammenarbeit mit der Stadt und Kommune ist dabei ein Erfolgsparameter. Das fängt bei den Kontrollen und Überprüfungen der Geschäfte, Vereine, Lokalitäten und der sogenannten Schrottimmobilen an und endet in der allgemeinen Kontrollstelle an wechselnden Einsatzstellen durch zivile und uniformierte Kräfte, verbunden mit einer wünschenswerten ausgebauten intelligenten Videobeobachtung an ständig lageangepassten Örtlichkeiten. Auch die Bekämpfung der organisierten Kriminalität bei den Immobilien,



Erich Rettinghaus

Täter direkt dingfest machen, mehr fahnden in allen Bereichen und den Tätern die geldwerten Vorteile nachhaltig wieder abnehmen – Verbrechen darf sich nachhaltig nicht lohnen. Das muss ein klares Signal sein und die Justiz muss da mitmachen. Dazu zählt natürlich auch eine entsprechende personelle und materielle Ausstat-

Kennzeichenerfassung mit gleichzeitiger Auswertung, einer ausgebauten intelligenten Videobeobachtung, einer ergebnisorientierten Telekommunikationsüberwachung bis hin zur Nutzung der Daten von Mauterfassungssystemen. Ganz wichtig dabei ist die Beweislastumkehr, das was andere Länder in der EU bereits er-

den Vereinen, den Teestuben, der Prostitution, den Schutzgelderpressungen et cetera ist ein wichtiges Instrument, um wieder geordnete gesetzeskonforme Strukturen zu schaffen.

**DBB NRW Magazin:** Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat ihr erstes Sicherheitspaket auf den Weg gebracht. Ziel ist es, dass der Landtag das 6. Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen bis zum Sommer verabschiedet. Schlägt damit die neue Landesregierung den richtigen Weg ein?

erfassungssysteme/Kennzeichenlesesysteme mit gleichzeitiger Auswertung in den polizeilichen Datensystemen. Theoretisch können wir alles aufschreiben, aber nicht effektive Datenerfassungssysteme nutzen, welche uns unsere Arbeit erleichtern, Erfolge und Synergien bringen würden.

Beispiele für keinen einheitlich vorhandenen Rechtsrahmen sind die Telekommunikationsüberwachung (TKÜ), die Quellen-TKÜ, die Onlinedurchsuchung und die Auskunft über Nutzerdaten gemäß § 15 Abs. 1

**Erich Rettinghaus:** Wir können uns grundsätzlich sicher fühlen, die Wahrscheinlichkeit, Opfer einer Straftat zu werden ist in NRW gesunken. Dennoch haben wir noch viele Baustellen und Handlungsbedarf im Land, somit sich die Menschen überall und zu jeder Zeit sicher fühlen.

Diebstahl, Gewaltdelikte, Rohheitsdelikte, Straßenkriminalität und der Wohnungseinbruchsdiebstahl weisen zwar rückläufige Zahlen auf, allerdings sind dagegen Straftaten gegen das Leben, Betrugsdelikte, Computerkriminalität

gesamt, durch konsequentes Einschreiten Straftäter dingfest zu machen und einer zeitnahen Verurteilung zuzuführen.

Dass wir für die Bewältigung unserer Aufgaben mehr Personal benötigen, liegt auf der Hand, ebenso gehört dazu die entsprechende Ausstattung mit Einsatzmitteln und den erforderlichen Gesetzen, damit wir unsere Aufgaben auch entsprechend erfüllen können. Polizei muss moderner werden, wir brauchen Laptops/Tablets in den Einsatzfahrzeugen, um Überprüfungen und Vorgänge direkt zu erledigen. Die gesamte Ausstattung muss auf den Prüfstand und modernisiert werden. Dann geht vieles effektiver und nützlicher.

Wir benötigen mehr operative Kräfte sowohl in Zivil, als auch in Uniform. Kriminalität muss wieder vor Ort bekämpft werden wo sie passiert und nicht nur verwaltet werden. Kriminalitätsbekämpfung beginnt bereits mit einer präventiven Streifenfahrt, welche Täter von ihrer Tat abhält, aber auch mit entsprechenden Kontrollen jeglicher Art. Polizei muss sichtbar sein und auch so wahrgenommen werden.

Täterrechte hängen in unserem Land sehr hoch, der Opferschutz muss mehr in den Fokus und im Zweifelsfall in jeglicher Hinsicht gegen einen Täter zugunsten möglicher weiterer Opfer entschieden werden.

In der PKS beleuchten wir regelmäßig lediglich das Hellfeld, also die bekannt gewordenen Straftaten. Das Dunkelfeld bleibt im „Dunkeln“. Wir benötigen in NRW dringend eine empirische Studie zum „Dunkelfeld“. Erst dann haben wir valide und verlässliche Zahlen über Straftaten und Tatverdächtige.

**DBB NRW Magazin:** Vielen Dank für das Gespräch und viel Erfolg bei der Bewältigung der anstehenden Aufgaben. ■



Beim Interview: Joachim Klein (Chefredakteur des DBB NRW Magazins) mit Erich Rettinghaus (von links)

**Erich Rettinghaus:** Ja, das ist lange überfällig und immer noch nicht ausreichend. Aber es ist ja erst das erste Sicherheitspaket. Derzeit sind wir in der Verbändeanhörung zum Gesetzentwurf und arbeiten an einer Stellungnahme. Die Bezeichnung Sicherheitspaket 1 lässt mehr erwarten und ich gehe davon aus, dass weitere Pakete noch in dieser Legislaturperiode folgen werden.

Was in Bayern, bei der Bundespolizei oder anderswo möglich ist, geht in NRW bisher noch lange nicht. Sei es die Schleierfahndung oder die Nutzung automatisierter Kennzeichen-

TMG. Da hinkt Nordrhein-Westfalen noch hinterher. Ebenso unverzichtbar ist der Ausbau der intelligenten Videobeobachtung sowohl als präventives, als auch Mittel zur Tataufklärung. Auch die Einführung einer Halterhaftung würde uns unsere Arbeit erleichtern und Synergien freisetzen.

**DBB NRW Magazin:** Die jetzt veröffentlichte polizeiliche Kriminalstatistik 2017 (PKS) weist rückläufige Zahlen bei Diebstahl, Gewaltdelikten, Rohheitsdelikten, Straßenkriminalität und Wohnungseinbruchsdiebstahl auf. Können wir uns jetzt sicherer fühlen?

und Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz gestiegen.

Auch die nicht deutschen Tatverdächtigen (32 Prozent) sind gemessen am Bevölkerungsanteil von 12,4 Prozent überproportional in der Polizeilichen Kriminalstatistik vertreten. Damit gilt es sich zu befassen, Umstände zu erkennen und mit neuen Konzepten gegenzusteuern.

Die Anzahl der Straftaten, welche sich gegen Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienste richten (Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte et cetera knapp 33 200 Fälle), sind weiterhin auf hohem Niveau. Hier gilt es ins-

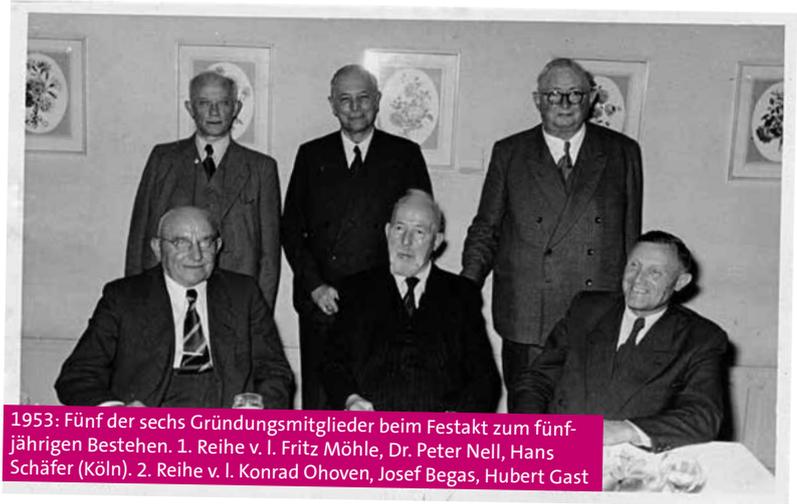
# Der DBB NRW feiert Geburtstag

Seit 70 Jahren setzt sich der Beamtenbund für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst ein

Am 19. Mai 1948 begann die Geschichte des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen. An diesem Tag erhielt nach den Ländern Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hamburg auch Nordrhein-Westfalen die Genehmigung zur Gründung einer gewerkschaftlichen Organisation für Beamtinnen und Beamten.

Schriftführer beziehungsweise Schatzmeister wurde **Dr. Werner Jüsgen** beziehungsweise Studienrat a. D. **Dr. Peter Nell** gewählt.

Die Mitgliederzahlen wuchsen in den folgenden Jahren rasant. Ende 1950 waren sie bereits auf



1953: Fünf der sechs Gründungsmitglieder beim Festakt zum fünfjährigen Bestehen. 1. Reihe v. l. Fritz Möhle, Dr. Peter Nell, Hans Schäfer (Köln). 2. Reihe v. l. Konrad Ohoven, Josef Begas, Hubert Gast

nerhalb des Deutschen Beamtenbundes. Gleichzeitig ist es ihm gelungen, seinen politischen Einfluss weiter auszubauen, sodass er bei der politischen Willensbildung rund um die Belange des öffentlichen Dienstes nicht mehr wegzudenken ist.

Seit 2014 wird der DBB NRW durch **Roland Staude** als 1. Vorsitzenden vertreten. Er ist damit der siebte Vorsitzende seit der Gründung im Jahre 1948 und ist in die Fußstapfen großer Männer des öffentlichen Dienstes getreten:

- Hans Schäfer (1948 bis 1951)
- Dr. Otto Fuhrmann (1951 bis 1974)
- Herbert Karhof (1974 bis 1985)
- Erich Steffens (1985 bis 2001)
- Ralf Eisenhöfer (2001 bis 2009)
- Meinolf Guntermann (2009 bis 2014)
- Roland Staude (seit 2014)

Gefeiert wird der 70. Geburtstag des DBB NRW mit geladenen Gästen aus dem politischen und gewerkschaftlichen Umfeld am 8. Oktober 2018 in der Classic Remise Düsseldorf.

JM



1953: Delegiertentag des DBB NRW im nordrhein-westfälischen Landtag.

2018 jährt sich das Gründungsdatum zum 70. Mal.

Ein erster Versuch zur Gründung war bereits 1946 unternommen worden, ihm wurde jedoch die Zustimmung der damaligen Militärregierung versagt, da die Organisation von Beamten zu diesem Zeitpunkt verboten war. Ein zweiter Versuch, rund zwei Jahre später, war jedoch von Erfolg gekrönt, sodass am 14. August 1948 die Gründungsveranstaltung des DBB NRW stattfinden konnte. Bei der ersten Delegiertenversammlung am 31. Oktober 1948 in Recklinghausen wurde dann Regierungsrat **Hans Schäfer** zum Vorsitzenden gewählt. Stellvertretender Vorsitzender wurde Regierungsrat **Dr. Otto Fuhrmann** und zum

28 600 angewachsen, Ende 1967 waren es mit knapp 97 300 noch mal mehr als dreimal so viele. Dieser starke Anstieg ist zum einen auf den politischen Einfluss zurückzuführen, den der nordrhein-westfälische Beamtenbund schnell gewann. Aber vor allem auch auf die großen Erfolge, die der DBB NRW für die Beamtinnen und Beamten erzielen konnte. Dazu zählte neben der Verteidigung des Beamtenstatus insbesondere die Durchsetzung der notwendigen Besoldungserhöhungen, die es den Beamtinnen und Beamten ermöglichten, am allgemeinen positiven Wirtschaftswachstum teilzuhaben.

Heute zählt der DBB NRW rund 170 000 Mitglieder und ist damit der größte Landesbund in-



**DBB NRW**  
Beamtenbund  
und Tarifunion

## 70 Jahre

# Deutscher Beamtenbund Nordrhein-Westfalen

**Festakt**  
8. Oktober 2018 um 11 Uhr  
Classic Remise Düsseldorf  
Anmeldung: [70jahre@dbb-nrw.de](mailto:70jahre@dbb-nrw.de)

# Entwicklungen und Perspektiven des öffentlichen Dienstes

Fachtagung des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung in Speyer

Welche sind die aktuellen Entwicklungen und Trends im öffentlichen Dienst? Und welche Chancen, Risiken und Perspektiven bringen diese mit sich? Mit diesen Fragen setzten sich zahlreiche Experten – darunter auch hochrangige Vertreter des DBB – während einer zweitägigen Fachtagung auseinander.

Zum ersten Mal fand in diesem Jahr die Fachtagung „Entwicklungen und Perspektiven im öffentlichen Dienst“ des Forschungsinstituts für öffentli-

den bestanden. Zu Beginn stand das Thema Arbeitsmarkt im öffentlichen Dienst im Fokus. Einen Schwerpunkt dabei bildete die Attraktivität des öf-



Diskussion zum Arbeitsmarkt des öffentlichen Dienstes: Prof. Dr. Gisela Färber, Prof. Dr. Nicolai Dose, Dr. Arjane Berger, Dr. Margit Seckelmann, Dr. Ulrike Freundlieb, Oberst Jörg Reichenstein (von links)

© DBB NRW (3)

berichten. Der Nachmittag war dann stärker juristisch geprägt, denn die Teilnehmerinnen und Teilnehmer beschäftigten sich mit neueren Entwicklungen des

reas **Voßkuhle**, Präsident des Bundesverfassungsgerichts, und **Hans-Heinrich von Knobloch** aus dem Bundesministerium des Innern für Bau und Heimat.



Während der Podiumsdiskussion. Prof. Dr. Gisela Färber, Dr. Stephan Weinberg, Prof. Dr. Dr. h.c. Andreas Voßkuhle, Hans-Heinrich von Knobloch, Gisela Splett, Ulrich Silberbach (v.l.)

Mit dem Thema Besoldung begann auch der nächste Tag der Tagung. Nach einer kurzen Vorstellung der letzten einschlägigen verfassungsrechtlichen Urteile durch **Prof. Dr. Monika Böhm**, Universität Marburg, veranschaulichte **Dr. Ludger Schrapper** aus dem nordrhein-westfälischen Ministerium für Schule und Bildung das Thema und die damit einhergehenden Probleme anhand der Besoldungspraxis im Lehrerbereich.

che Verwaltung in Speyer statt. Die zweitägige Veranstaltung soll den Auftakt einer Reihe bilden, die sich mit den wichtigen Zukunftsfragen rund um den öffentlichen Dienst beschäftigt. Eingeladen waren sowohl Vertreterinnen und Vertreter aus Verwaltungen, Forschung und der Politik, als auch der gewerkschaftlichen Vertretungen. Für den Beamtenbund nahmen unter anderem der Bundesvorsitzende **Ulrich Silberbach** und **Friedhelm Schäfer**, Zweiter Bundesvorsitzender und Fachvorstand Beamtenpolitik, teil.

Die zweitägige Veranstaltung war unterteilt in verschiedene Themenblöcke, die jeweils aus Fachvorträgen, Keynotes aus der Praxis und Diskussionsrun-

den des öffentlichen Dienstes und wie diese gesteigert werden kann, um hochqualifizierte Fachkräfte zu gewinnen und zu halten.

Insbesondere **Dr. Ulrike Freundlieb**, Bürgermeisterin der Stadt Mannheim, konnte aus der Praxis von Problemen und interessanten Lösungswegen

Dienstrechts im europäischen Kontext. Den Abschluss des ersten Tages bildete eine Diskussion zum Thema „Die Zukunft des öffentlichen Dienstes: Alimentationsprinzip quo vadis?“. Auf dem Podium saßen neben dem DBB Bundesvorsitzenden Ulrich Silberbach unter anderem auch **Prof. Dr. Dr. h.c. And-**

Abschließend wurde im Rahmen einer Podiumsdiskussion noch über die Auswirkungen der Föderalismusreform debattiert. Dabei standen insbesondere der Wettbewerb und die Koordination zwischen den einzelnen Bundesländern im Fokus. Auch hier war der DBB wieder stark vertreten, dieses Mal in Person des Zweiten Bundesvorsitzenden **Friedhelm Schäfer**. Er diskutierte unter anderem mit **Ansgar Hollah** aus dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat und **Prof. Dr. Nathalie Behnke** von der Universität Konstanz über die positiven aber auch die negativen Entwicklungen, die mit der Föderalismusreform einhergegangen sind.



Blick auf die Teilnehmenden

JM

## Unterstützt durch DBB NRW Rechtsschutz: Freispruch zum Dritten

Justizbedienstete endgültig vom Vorwurf der Gefangenenbefreiung freigesprochen

Das Oberlandesgericht Köln bestätigt Freisprüche für JVA-Bedienstete und verwirft die von der Staatsanwaltschaft eingelegte Revision. Das DBB NRW Magazin hat bereits über das Verfahren gegen JVA-Bedienstete berichtet, die wegen des Tat-

bestands der Gefangenenbefreiung angeklagt wurden. Dieser Anklage lag der Vorwurf zugrunde, bei einer Ausführung einem sicherungsverwahrten Gefangenen die Flucht beim Besuch eines Kölner Brauhauses ermöglicht zu haben.

Sowohl erst- als auch zweitinstanzlich sind die Justizangehörigen bereits freigesprochen worden. Die Staatsanwaltschaft hat jedoch Revision eingelegt, über die das OLG Köln zu entscheiden hatte. Wie schon das Amtsgericht und auch das Landgericht Köln kommt das OLG Köln im Urteil vom 6. Februar 2018 (Az.: III-1 RVs 300/17) in dem Verfahren gegen JVA-

Bedienstete zu dem Ergebnis, dass die Beamten sich nicht strafbar gemacht haben.

Somit ist es gelungen, unterstützt mit Rechtsschutz durch den Deutschen Beamtenbund Nordrhein-Westfalen, dass ein Mitglied endgültig vom Vorwurf der Gefangenenbefreiung freigesprochen ist. Einmal mehr zeigt sich: Eine Mitgliedschaft in einer dem DBB NRW angeschlossenen Mitgliedsge- werkschaft lohnt sich aus vielen Gründen!

MP

## Ehrungen auf Jahreshauptversammlung des DBB Kreisverbandes Lippe



Roland Staude, Heinz-Joachim Köhne, Carsten Biermann und Hans-Heinrich Rieke (von links)

Der DBB NRW Landesvorsitzende **Roland Staude** ehrte **Heinz-Joachim Köhne** (DPoLG) mit der silbernen Ehrennadel für zehn Jahre Vorstandsarbeit, **Carsten Biermann** (vbba) mit der goldene Ehrennadel für 20-jährige Vorstandsarbeit und **Hans-Heinrich Rieke** (komba) ebenfalls mit der silbernen Ehrennadel für zehn Jahre Vorstandsarbeit. In Abwesenheit

wurde **Andrea Berger** (komba) die goldene Ehrennadel für 20-jährige Vorstandstätigkeit als KassiererIn verliehen.

Ein wichtiges Thema auf der Jahreshauptversammlung des DBB Kreisverbandes Lippe waren die Übergriffe auf Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst. Der lipplische Kreisvorsitzende **Hans-Heinrich Rieke** forderte eine höhere Bestrafung für Täter, die Beamte oder Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst angreifen.

## Roland Staude zu Gast bei DBB NRW Landes- seniorenvertretung

Sitzung der Landessenorenvertretung in der DBB NRW Landesgeschäftsstelle

Am 20. März 2018 trafen sich die Seniorenvertreter(innen) der Landessenorenvertretung des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen zu ihrer ersten Sitzung im Jahr 2018 in der Landesgeschäftsstelle in Düsseldorf.

Zu Gast war der Vorsitzende des DBB NRW, **Roland Staude**, der über die aktuellen politischen landespolitischen Ent-

wicklungen in Nordrhein-Westfalen und die neue Regierung in Berlin sowie den Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD berichtete. Für den DBB NRW stehen folgende Themen im Fokus der Arbeit: die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Bund und Kommunen, die Gleichstellung der Frauen, die nach wie vor umstrittene Bürgerversicherung, die Dienstrechtsreform

2.0, die Entbürokratisierung und die Optimierung der Beihilfe und der Pensionsfond.

Die Vorsitzende der DBB NRW Landessenorenvertretung, **Mathia Arent-Krüger**, ergänzte die Ausführungen um weitere aktuelle Informationen, zum Beispiel die Verhandlung über das Streikrecht für Beamte und die Änderung der Beihilfeverordnung zum 1. Januar 2018.

Weitere Beratungs- und Diskussionspunkte der Sitzung waren unter anderem ein Rückblick auf die Arbeit der seit fast fünf Jahren bestehenden Bundessenorenvertretung und die Vorbereitungen für den am 29./30. Oktober 2018 stattfindenden 2. Bundessenorenkongress mit Neuwahl des Vorstands.

MAK



Roland Staude (links) bei der Tagung der DBB NRW Seniorenvertretung

Senioren

**Herausgeber:** Deutscher Beamtenbund Nordrhein-Westfalen, Ernst-Gnoß-Straße 24, 40219 Düsseldorf. Roland Staudé (Vorsitzender). **Telefon:** 0211.491583-0. **Telefax:** 0211.491583-10. **E-Mail:** redaktion@DBB-nrw.de. **Internet:** www.DBB-nrw.de.  
**Chefredakteur:** Joachim Klein (JK). **Redaktion:** Johanna Muschalik (JM), Markus Klügel (MK), Mathia Arent-Krüger (MAK) und Malte Poerschke (MP).  
**Bildredaktion:** Tanja Henze.  
**Redaktionsschluss:** am 15. jeden Monats.  
**Hinweis:** Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers dar.  
**Bezugsbedingungen:** Die Zeitschrift erscheint zehnmal jährlich. Der Abonnementspreis für Nichtmitglieder des DBB beträgt jährlich 15,90 Euro zuzüglich Postgebühren, der Bezugspreis für das Einzelheft 2,00 Euro, Bezug durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag. Für Mitglieder des Deutschen Philologenverbandes ist der Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten.  
**Verlag:** DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.DBBVerlag.de. **E-Mail:** kontakt@DBBVerlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.  
**Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.  
**Anzeigen:** DBB Verlag GmbH, Mediacyber, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacyber@DBBVerlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane Polk, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 40, gültig ab 1.10.2017.  
**Ständige Beilage:** DBB magazin. ISSN 1438-2989

Postvertriebsstück G 6051 • Deutsche Post AG „Entgelt bezahlt“

## Jahreshauptversammlung des DBB Stadtverbandes Bochum

Die Jahreshauptversammlung des DBB Stadtverbandes Bochum am 16. März 2018 stand in diesem Jahr ganz im Zeichen der derzeit laufenden Einkommensrunde für die Beschäftigten von Bund und Kommunen.

Neben Tariffragen standen Themen wie Gewalt gegen Beschäftigte, befristete Beschäftigungsverhältnisse, Personalknappheit sowie Fragen von Rente und Altersvorsorge auf der Tagesordnung. Der stellver-



Gemeinsam mit dem stellvertretenden DBB NRW Landesvorsitzenden Wolfgang Römer (3. v. r.) setzt der DBB Stadtverband Bochum ein Zeichen im Tarifstreit.

tretende Landesvorsitzende des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen,

Wolfgang Römer, berichtete über die aktuelle berufspolitische Lage.

## Steuern sparen mit der dbb jugend nrw

DBB jugend

Seminarprogramm der DBB NRW Jugendorganisation mit interessanten Angeboten

Es gibt mit Sicherheit Tausend schönere Dinge, als an einem sonnigen Samstagmorgen um 8 Uhr morgens aufzustehen, um von Köln nach Düsseldorf zu einem ganztägigen Seminar der dbb jugend nrw zum Thema Steuern zu fahren. Sascha hat es trotzdem gemacht. Der Grund dafür: ein Neujahrsvorsatz.



Sascha (2.v.r.) als Teilnehmer beim Steuerseminar der DBB jugend nrw

Nachdem ich Anfang Februar die Lohnsteuerabrechnung für das Jahr 2017 in der Post hatte, dachte ich an meinen Neujahrsvorsatz, die Steuererklärung für das Jahr 2016 fertigstellen zu wollen, erinnert sich Sascha. In diesem Jahr beendete ich erfolgreich mein duales Studium für den gehobenen Verwaltungsdienst, bezog also volles Gehalt, zahlte ordentlich Steuern und pendelte täglich 45 Kilometer zu meiner Dienststelle. Leider hatte ich von Steuern so viel Ahnung wie das Land Berlin vom Flughafen bauen. Es musste also was geschehen! Und das „Steuerseminar für Einsteiger“

der Jugendorganisation des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen bot die perfekte Gelegenheit dazu!

Auch wenn es sicherlich Tausend schönere Dinge zu tun gab, als an einem sonnigen Samstagmorgen um 8 Uhr morgens aufzustehen, und von Köln nach Düsseldorf zu fahren, stellte sich heraus: Es gab gar keinen Grund für die fehlende Motivation meinerseits, denn es wurde ein wirklich schöner und produktiver Tag! Nicht zuletzt lag das daran, dass der ehemalige Landesjugendleiter

der dbb jugend nrw und gelernte Finanzbeamte Jano Hillnhüter das Seminar leitete.

Zu Beginn stiegen die übrigen sieben Teilnehmer(innen) und ich mit ein paar Steuerbasics ein. Anschließend handelten wir uns durch die einzelnen Positionen des digitalen ELSTER-Formulars. Der Fokus lag hier auf Sonderausgaben, Werbungskosten und außergewöhnliche Belastungen. Zwischendurch blieb auch immer mal Zeit für individuelle Nachfragen und ausführliche Notizen.

Ehe wir uns versahen, war es 16 Uhr und das Seminar am Ende – und ich resümierte innerlich, dass das eines der besten Seminare war, die ich jemals besucht habe. Hätte ich beim Thema Steuern auch nie für möglich gehalten. Für das nächste Jahr habe ich mir das Steuerseminar für Fortgeschrittene vorgenommen! MK

### Seminarprogramm der DBB jugend nrw

Sei klug! Sei wie Sascha! Viele weitere Veranstaltungen und Seminare findet man auf der Website der Jugendorganisation (Seminare): [www.DBBjnrw.de](http://www.DBBjnrw.de).